

CA	FS	GL	ML	FA	AG	VS	ST												
✓	✓																		

INTEGRATIONSBUREAU
des EPD und EVD

Bern, den 25. Juni 1976

777.752.1 - B/Fh/rs

Mission Suisse

29 JUN 1976

Ref: 7-1a 5.0 n/d

Schweizerische Mission bei den
Europäischen Gemeinschaften

Brüssel

Thermonukleare Fusion

Herr Botschafter,

Wir haben die Ehre, Ihnen unsere mit dem Amt für Wissenschaft und Forschung abgesprochenen Vorschläge zu übersenden, die Herrn Meili als Richtlinien für seine Verhandlungen in der Redaktionsgruppe dienen sollen. Wenn von den materiellen Problemen fiskalischer Natur abgesehen wird, die, wenn überhaupt, nur auf Bundesrats-ebene im Sinne der Kommissionswünsche gelöst werden könnten, lässt sich das redaktionelle Verhandlungsziel wie folgt umschreiben:

- a) Wenn die Schweiz den "Anschluss" an das Euratom-Programm vollzieht, so nicht auf Grund eines Nachvollzugs, zu dem sie wegen ihrer beschränkten Mittel "vernünftigerweise" gezwungen werden kann, sondern weil sie sich mit einem schon bestehenden gesamteuropäischen Vorhaben im Sinne der ihr möglichen Integrationspolitik solidarisiert (neuer Art. II, 1).
- b) Diese Solidarisierung mit einem bestehenden Programm und damit die Annahme der damit verbundenen Spielregeln schliessen indessen nicht aus, dass es sich um einen Vertrag zwischen zwei souveränen Partnern handelt, was bedingt, dass in formeller Hinsicht eine Ausgewogenheit anzustreben ist (Art. III, 1; neuer Art. XI, 1, 3).

- 2 -

c) Dass wir uns mit einem am Bruttosozialprodukt gemessenen Prozentsatz und nicht mit einer festen und stets wieder negoziablen Summe am Projekt beteiligen, ist eine klare Folge der Teilhabe an den gesamten Ergebnissen der Forschung. Es ist aber auch ein kalkuliertes Risiko und eine logische Konsequenz unserer Integrationspolitik, dass wir mit diesem System vor die unangenehme Alternative gestellt werden könnten, bei einer erheblichen, von uns letztlich nicht mitbestimmten Erhöhung des Budgets entweder einen entsprechenden Mehrbetrag aufbringen oder uns aus der Forschung zurückziehen müssten. Dies ist der Preis, den wir für den Vorteil bezahlen, nicht Mitglied der Gemeinschaft zu sein und dennoch an ihren uns zusagenden Projekten teilnehmen zu können.

Diese drei Feststellungen scheinen uns langfristig von weit grösserer Bedeutung zu sein als die wegen des gegenwärtigen Budgetdefizits des Bundes hochgespielten finanziellen und fiskalischen Probleme. Man wird die schweizerische Integrationspolitik der Jahre 1972 bis 1980 an der Frage messen, ob und wenn ja wie weit das Freihandelsabkommen die Tür zu einem erzwungenen autonomen Nachvollzug zu einer "Anpassung", wie man früher sagte, geöffnet hat. Die Lektüre des Bonjour-Berichtes zeigt, wie leicht man, zu Recht oder zu Unrecht, an Redewendungen aufgehängt werden kann. Wir - wie auch unsere Verhandlungspartner - haben deshalb alles Interesse, einen Akt der integrationspolitischen Solidarität der Schweiz nicht zu einer Demission vor der wirtschaftlich-technologischen Macht der Gemeinschaft uminterpretieren zu lassen. Es ist dies ein Problem, das sich nicht nur bei der Fusion, sondern auch bei den Versicherungen, beim Exequatur und bei einer Anzahl künftiger Verhandlungen stellt und somit allgemeine Gültigkeit hat.

Wir wissen, dass Sie unsere Auffassung teilen; doch schien es uns wichtig, diese bei dieser Gelegenheit aktenkundlich festzuhalten.

- 3 -

Im übrigen zeigt die Tatsache, dass wir auf der Grundlage des wenig brillanten, uns indessen weitgehend präjudizierenden schwedischen Textes verhandeln müssen, einmal mehr, wie nützlich es ist, als erste die Verhandlungen führen zu können. Wenn auch Probleme der Vertragsästhetik nicht zu Grundsatzfragen hinaufstilisiert werden sollen, so ist doch klar, dass Aenderungswünsche, die sich auf Grund des unter lit. a) und b) Gesagten erklären, von der Gemeinschaft nicht mit dem Argument beseitigt werden können, dass dem schwedischen Vertragstext gefolgt werden müsse. Auch die Gemeinschaft wird sich daran gewöhnen müssen, dass der Individualität der Drittstaaten bei der Abfassung von Verträgen Rechnung zu tragen ist und dass es Staaten gibt, die mit ihrer Souveränität und Integrationspolitik weniger leichtfertig umgehen, als dies die Schweden ihr gegenüber zu tun pflegen.

Wir versichern Sie, Herr Botschafter, unserer vorzüglichen Hochachtung.

INTEGRATIONSBUREAU EPD/EVD



(Franz Blankart)

Beilage erwähntKopie mit Beilage:

- Herrn Direktor Jolles
- Herrn Minister Sommaruga
- Amt für Wissenschaft und
Forschung
- CRPP
- Herrn Generalsekretär Weitnauer
- Herrn Botschafter Hegner
- Frau Minister Pometta